

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Sitzungstermin: Mittwoch, 15.09.2021
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:07 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion

Götze, Horst

Kruse, Doris

Meyer, Lina

für Regina Meinen (ab 17:24 Uhr)

CDU-Fraktion

Kronshagen, Heinrich

Ohling, Albert

für Dr. Hermann Ringena

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Göring, André

Marsal, Andrea

(bis 18:28 Uhr)

FDP-Fraktion

Mälzer, Frank

GfE-Fraktion

Janssen, Bernd

für Rainer Mettin

Beratende Mitglieder

Attar, Ziad, Dr.

da Silva Oliveira, Mauro

Geerken, Rainer

Hempel, Rainer

Kamer, Stefan

Kröger-Vodde, Erasmus

Malanowski, Jörn

Müller-Goldenstedt, Peter-Florian

Speich, Paul

Winkler, Melanie

für Jane Robock

(bis 18:42 Uhr)

für Marianne Kandziora

für Holger Janssen

Verwaltungsvorstand

Grendel, Volker

von der Verwaltung

Lisson, Carsten

Snakker, Kerstin

Hilbers, Sabine

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Gast

Homes, Martin

Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen

Meyer, Kristina
Eppmann, Claus

Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH

Onnen, Alexandra

Protokollführung

Bleeker, Sonja

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Aufgrund der Corona-Situation weist **Herr Grendel** auf die Sitzungsordnung und die Abstandsregel im Ratssaal hin.

Er teilt mit, die Tagesordnungspunkte 8 „Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Kontakt- und Beratungsstelle – KummRin – Emden“ und 9 „Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention – DROBS – in Emden“ würden von der Tagesordnung zurückgezogen. Der Grund, diese Punkte zunächst auf die Tagesordnung zu nehmen, sei die Beschlussfassung in der letzten Ratssitzung gewesen. Die Verhandlungen mit den Anbietern konnten jedoch aufgrund der Urlaube nicht zu Ende geführt werden. Die beiden Vorlagen würden nunmehr im Verwaltungsausschuss beschlossen. Die Beratung der beiden Vorlagen erfolge in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration.

Um den Gästen ein früheres Gehen zu ermöglichen schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte 10 „Vorstellung Mietspiegel Stadt Emden“ und 12 „Sachstandsbericht MVZ Emden; - Antrag der FDP-Fraktion vom 06.10.2020“ vorzuziehen.

Frau Meyer lässt über den Vorschlag von Herrn Grendel abstimmen.

Die Sitzungsteilnehmer sind mit der Änderung der Tagesordnung einverstanden.

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 25 über die Sitzung des Ausschusses Gesundheit, Soziales und Integration am 16.06.2021

Beschluss: Das Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration vom 16.06.2021 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Seniorenarbeit
– nicht projektgebunden; Zuschüsse für das Jahr 2021
Vorlage: 17/2039

Frau Snakker erläutert die o. g. Vorlage.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Erläuterungen.

Beschluss: 20 Emdener Institutionen erhalten für das Jahr 2021 einen Zuschuss zur Förderung der offenen – nicht projektgebundenen – Seniorenarbeit. Die einzelnen Institutionen und die Höhe des Zuschusses ergeben sich aus der Anlage zur Vorlage 17/2039.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Änderung der Satzung über die Bildung eines Seniorenbeirates der
Stadt Emden
Vorlage: 17/2041

Frau Snakker erläutert die o. g. Vorlage.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Kronshagen teilt mit, die CDU-Fraktion unterstütze den Vorschlag.

Herr Mälzer stimmt der Vorlage ebenfalls zu. Er erkundigt sich nach dem Verfahren, falls ein aus dem Rat in den Seniorenbeirat entsendetes Mitglied dort wieder ausscheide. **Frau Snakker** erklärt, die Fraktionen hätten lediglich ein Vorschlagsrecht für eine Person. Diese Person müsse kein Ratsmitglied sein. Sollte ein aus dem Rat entsendetes Mitglied ausscheiden und auch seine Tätigkeit im Seniorenbeirat aufgeben, müsse eine Nachbesetzung erfolgen. Die Fraktion, welche dieses Entsenderecht habe, könne eine neue Person benennen. Eine entsprechende Vorlage würde dann erstellt.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Frau L. Meyer gibt an, die SPD-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 17/2041 als Anlage beigefügte Änderungssatzung über die Bildung des Seniorenbeirates der Stadt Emden vom 10.06.1993, zuletzt geändert durch Beschluss des Rates am 29.06.16.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Abschluss einer Leistungs- und Vergütungsvereinbarung für eine integrative Krippengruppe in der Einrichtung „Kinnerhuus Middenmang Friesland“ der Ostfriesischen Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH
Vorlage: 17/2042

Frau Hilbers erläutert die o. g. Vorlage.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ohling fragt, warum die Vorlage nicht im Jugendhilfeausschuss behandelt werde.

Frau Hilbers erklärt, es handele sich um eine Leistung der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX. Für den Abschluss dieser Vereinbarung sei die Stadt Emden als örtlicher Träger der Eingliederungshilfe zuständig.

Herr Grendel ergänzt, Hintergrund seien die Neuerungen durch das Bundesteilhabegesetz. Die Zuständigkeitsverteilung habe sich geändert. Die Kommune sei bislang für die ambulanten und das Land für die stationären und teilstationären Angelegenheiten zuständig gewesen. Jetzt sei die Kommune für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr zuständig. Das Land habe die Zuständigkeit für alle Leistungen ab einem Alter von 18 Jahren. Durch diese neue Zuständigkeitsverteilung würden Situationen in der Jugendhilfe bzw. Eingliederungshilfe in dem Bereich bis 18 Jahre teilweise zusammenwachsen. In dieser Vorlage gehe es jedoch ausschließlich um eine Leistung der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX. Diese werde im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration behandelt. Sollte gleichzeitig noch eine Jugendhilfeleistung einfließen, könnte ggf. auch eine Beratung im Jugendhilfeausschuss erfolgen. Bei dieser Vorlage sei dies jedoch nicht der Fall.

Herr Götze nimmt Bezug auf seine Äußerungen zum Thema Inklusion in der letzten Sitzung dieses Ausschusses. Er signalisiert, dass er gegen die Vorlage stimmen werde. **Herr Grendel** nimmt die Aussage von Herrn Götze zur Kenntnis. Er weist darauf hin, dass es sich bei dieser Vorlage um eine integrative Krippengruppe handele.

Herr Ohling spricht das Thema Fachpersonal für die integrative Betreuung und die dadurch zusätzlichen Kosten an. Er sehe es kritisch, Fachpersonal für alle Kindergärten einzusetzen. Er wirft die Frage auf, ob Vorlagen mit diesen Themen auch im Jugendhilfeausschuss vorgetragen werden könnten und ob der Rat diesbezüglich eine Vereinbarung treffen könnte. Er würde eine Thematisierung im Jugendhilfeausschuss begrüßen. **Herr Grendel** erklärt, bei Themen im Bereich des SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) sei dieser Fachausschuss zuständig. Eine Vorlage im Jugendhilfeausschuss als Beschlussvorlage komme nicht in Betracht. Die Gremienreihenfolge, erst der Fachausschuss, dann VA und ggf. Rat, müsse eingehalten werden.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Anmerkung der Protokollführung:

Lt. Mitteilung des FD Sozialhilfe, Frau Snakker v. 24.09.21 sind die Zuständigkeiten der Ausschüsse in § 19 der Geschäftsordnung des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Ausschüsse der Stadt Emden geregelt. Danach ist der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration für die Angelegenheiten des Fachbereiches Gesundheit und Soziales bzw. alle Themen der kommunalen Sozialpolitik zuständig. Hierzu gehören u.a. auch die Leistungen für Kinder und Jugendliche nach dem SGB IX.

Herr Janssen gibt an, die GfE-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Er moniert die Formulierung „Kinder mit Behinderung“ in der Vorlage. **Herr Grendel** erklärt, die Formulierung sei die Wiedergabe des Gesetzestextes im SGB IX. **Frau Snakker** ergänzt, seitens der Verwaltung werde eine andere Formulierung gewählt, nämlich „Menschen mit Teilhabebeeinträchtigungen“. **Herr Janssen** bringt zum Ausdruck, diese Formulierung entsprechend zu publizieren.

Frau L. Meyer nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Götze und teilt mit, die SPD-Fraktion begrüße die Einrichtung des Kindergartens „Kinnerhuus Middenmang Friesland“. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Beschluss:

1. Dem Abschluss der als Anlage zur Vorlage 17/2042 beigefügten Leistungs- und Vergütungsvereinbarung für die integrative Krippenbetreuung im „Kinnerhuus Middenmang Friesland“ durch die Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH wird zugestimmt.

Ja: 9	Nein: 0	Enthaltungen: 1
-------	---------	-----------------

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Kontakt- und Beratungsstelle
"KummRin" Emden
Vorlage: 17/2064

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 9 Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Fachstelle für Sucht und Sucht-
prävention - DROBS - in Emden
Vorlage: 17/2045

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 10 Vorstellung Mietspiegel Stadt Emden
Vorlage: 17/2047

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Einleitend informiert **Herr Grendel**, in diesem Kontext gebe es zwei Vorlagen. Die Vorstellung des Mietspiegels werde in dieser Sitzung erfolgen. In der kommenden Sitzung werde dann die Mietübersicht vorgestellt. Die beiden Themen seien bewusst geteilt worden, weil es sich um zwei verschiedene Adressaten-Gruppen und Ergebnisse handele. Anhand der Vorlage gibt er weitere Erläuterungen.

Herr Homes, Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN) und **Frau Kristina Meyer** stellen anhand einer Power-Point-Präsentation einen Entwurf zum Mietspiegel – Stadt Emden - vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Göring bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Er nimmt Bezug auf die Vorlage. Darin sei festgehalten, dass der Mietspiegel den Wohnungsbauunternehmen einen wichtigen Orientierungsrahmen für ihre Mietkalkulationen biete. Er befürchtet, dass der Mietspiegel Vermieter und Wohnungsbauunternehmen dazu veranlassen könnte, Mieten zu erhöhen. Einige Mieten würden deutlich unter dem Durchschnitt liegen. Sollten seine Befürchtungen eintreten, sei dies für nicht so zahlungsstarke Mieter schwierig. Zudem sehe er die Gefahr, dass die Kosten im Bereich der Grundsicherung ansteigen. Er vermutet dann eine Kostenverlagerung zu Lasten der Verwaltung.

Weiter führt er aus, er habe mit Vertretern des Aktionsbündnisses „Besser Wohnen“ gesprochen. Diese würden den Mietspiegel durchaus kritisch sehen. Als Beispiel nennt er die Stadt Berlin, die bereits Erfahrungen mit dem Thema gesammelt habe. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) in Berlin gebe an, private Vermieter, insbesondere Wohnungsbaugenossenschaften, die für moderate Mieten stünden, könnten geplante Investitionen nicht mehr realisieren. Dies werde seitens der IHK als Gefahr gesehen und habe zur Folge, dass weitere Wohnungen ausgerechnet im Segment für Geringverdiener und Mittelstand fehlen würden. Weiter schreibe die IHK, dass die Kosten für Instandhaltung und Reparaturen nicht refinanziert würden. Folglich würden notwendige und auch politisch gewünschte Investitionen, wie beispielsweise für die Energieeffizienz oder den Umbau zum altersgerechten Wohnen, ausbleiben oder sich verringern. Auch die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften könnten eigenwirtschaftlich weniger investieren. Zusätzlich benötigtes Geld müsse aus dem Haushalt oder durch höhere Verschuldung bereitgestellt werden. Gerade auch die undifferenzierte Gleichbehandlung aller Vermieter und Mieter könnte als ungerecht dargestellt werden und spiegele nicht unbedingt die unterschiedlichen Mietniveaus und Entwicklungen wieder.

Er moniert, dass lediglich über eine Mitteilungsvorlage über den Mietspiegel informiert werde. Er appelliert, das Thema noch einmal anders zu prüfen. Er befürchtet eine deutliche Erhöhung der Mieten insbesondere in Randgebieten und fragt, ob Neubauten davon ausgenommen seien.

Herr Grendel erklärt, der Mietspiegel biete einen Orientierungsrahmen und werde in dieser Sitzung als Mitteilungsvorlage behandelt. Gemäß den Ausführungen von Herrn Homes diene der Mietspiegel einer Dämpfung der Mietpreissteigerungen. Die kritische Sicht des Aktionsbündnisses „Besser Wohnen“ verwundere ihn, da dieses Bündnis Transparenz gefordert habe. Das nunmehr diese Transparenz als Gefährdung der Mieten gesehen werde, sei gegensätzlich. Geplant sei, in ein regelmäßiges Wohnungsraum-Monitoring einzusteigen. Er macht deutlich, dass über den Bodenrichtwert bereits ein entsprechender Abschlag auf die Miete vorgesehen sei. Deutlich niedrigere Mieten könnten nur sukzessive auf den Wert des Mietspiegels angepasst werden. Dies müsse der Markt dann entsprechend hergeben. Er räumt ein, dass der Mietspiegel bestimmte Vermieter dazu veranlassen könnte, in dieses Mitniveau zu gehen.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Er nimmt Bezug auf den Vergleich mit der Stadt Berlin und weist darauf hin, dass in Berlin die Einwohnerzahlen stark wachsen. Das Mitniveau würde dort bei 10 Euro plus liegen und ein Großteil der Vermietungen, etwa 91 Prozent, beziehe sich auf Wohnraum in Mehrfamilienhäusern. Hingegen gebe es in Emden 55 Prozent Ein- und Zweifamilienhäuser im Eigentum. Das Mitniveau liege zwischen 4,50 Euro und 6,00 Euro pro Quadratmeter. Dies sei durchaus sozialverträglich. Er sehe die von Herrn Göring geschilderte Problematik nicht. Vielmehr sei die Stadt bei einer Einwohnerzahl ab 50.000 inzwischen gesetzlich verpflichtet einen Mietspiegel bis zum 01.01.23 zu erstellen.

Die Mietübersicht, welche unmittelbar Auswirkungen auf die Angemessenheitsgrenzen habe, werde in der nächsten Sitzung vorgestellt. Diese werden auch vor Gericht regelmäßig bei der Prüfung der Angemessenheit der Unterkunftskosten abgefordert. Die Stadt habe somit nur ein bedingtes Wahlrecht, ob sie dies vorhalte oder nicht. Ob für die Mietübersicht eine Beschlussvorlage gefertigt werden müsse, werde geprüft. Er erinnert, dass vor einigen Jahren eine Beschlussvorlage zu diesem Thema behandelt worden sei. Seinerzeit sei es jedoch im Ausschuss nicht zu einer Beschlussfassung gekommen. Damals sei ein kostenintensives Mietgutachten dafür angefertigt worden.

Frau Marsal erkundigt sich, wer der Interessenverband der Mieter sei. **Herr Homes** antwortet, es handele sich um den Mieterverein Ostfriesland mit einer Geschäftsstelle in Emden. Der Interessenverband vertrete die Interessen der Mieter.

Herr Mälzer sei überrascht über die Argumentation von Herrn Göring. Er begrüße den Mietspiegel und die Schaffung der Transparenz. Positiv sei, dass die Mieten in einem relativ stabilen Niveau lägen. Er halte Regulierungen für verkehrt, diese sollten dem Markt überlassen werden. Es zeichne sich ab, dass in Emden genügend Wohnraum vorhanden sei bzw. künftig gebaut werde. Er sehe nicht die Gefahr von Mieterhöhungen, sondern halte dies für angemessen. Seiner Ansicht nach müsse im Blick behalten werden, dass private Wohnungsvermieter u. U. einen Teil ihres Einkommens mit den Mieteinnahmen bestreiten und dass sie für die Renovierung der Objekte verantwortlich seien.

Herr Götz macht darauf aufmerksam, dass es sich um die Kaltmieten handle und die Nebenkosten zu berücksichtigen seien. Dies sei hinsichtlich der Energetik bei älteren Häusern wichtig. Insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen seien hohe Nebenkosten problematisch. Seiner Ansicht nach sage der Mietspiegel nicht aus, was der Mieter letztlich bezahlen müsse. Darüber hinaus sei es für bestimmte Bevölkerungsgruppen ohnehin schwierig, eine Wohnung zu mieten. Diese Probleme seien seiner Meinung nach zu lösen.

Herr Müller-Goldenstedt erwidert zu den Ausführungen von Herrn Mälzer, der Mietspiegel zeige nicht an, dass in Emden genügend Wohnraum vorhanden sei. Der Mietspiegel zeige den Durchschnitt der Mieten an.

Obwohl er in diesem Ausschuss als Beratendes Mitglied fungiere nimmt er Stellung zu der Aussage zum Aktionsbündnis „Besser Wohnen“. Er sagt, dass es seitens des Bündnisses noch keine Position zum Mietspiegel gebe und es sich um einen Irrtum handle.

Er nimmt Bezug auf die Datenerfassung und fragt, ob der Stadtteil Borssum berücksichtigt worden sei. Weiter erkundigt er sich nach der Anzahl der Mietwohnungen in Emden.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Herr Homes antwortet, der Stadtteil Borssum sei abgebildet worden. Das Mietniveau der Stadtteile Borssum und Barenburg sei vergleichbar. Dies hänge mit dem dortigen geringen Bodenrichtwert zusammen.

Herr Grendel macht deutlich, es gehe um den Mietspiegel und nicht über den vorhandenen Wohnraum in einem Segment. Er erklärt, dass z. B. die Wilhelm-Leuschner-Straße im Stadtteil Borssum fast nicht berücksichtigt worden sei. Wenn sie berücksichtigt worden wäre, würde das Mietniveau aufgrund der dort niedrigen Mieten geringer sein, als in der jetzigen Auswertung. 25 Prozent des Mietwohnungsbestandes in Emden sei abgebildet worden. In Großstädten würde es kaum einen Mietspiegel geben, der dies schaffe, weil die statistische Größe, die in ein solches Gutachten eingehe, bei großen Kommunen viel geringer sei. Er glaubt, die Wertigkeit dieser Aussage hinsichtlich des Mietniveaus sei gegeben.

Zu den Ausführungen von Herrn Götze teilt er mit, dass der Energiebedarf berücksichtigt werde. Er erläutert ausführlich die jeweiligen Berechnungen.

Herr Kröger-Vodde fragt mit Blick auf den Endenergiebereich, wie die Berechnung entstanden sei und bittet um nähere Erläuterungen. **Herr Homes** legt dar, nicht zu allen Objekten habe der Wert des Energieausweises vorgelegen. Die älteren Baujahre hätten natürlich einen höheren Energiebedarf als die neueren Baujahre. Es sei versucht worden, Klassen zu bilden. Im Endeffekt hätten sich nur zwei größere Klassen herauskristallisiert. Diese seien abgebildet worden. Dies sei eine statistische Auswertung im Verhältnis der Mieten zueinander unter dem Einfluss des energetischen Brennwertes.

Herr Grendel ergänzt, in diesem Bereich könnten immer nur Durchschnitte gebildet werden. Allein die Nutzung verändere viel und die Berechnungen könnten nur annähernd sein. Beispielsweise hätten kleine Familien einen geringen Wärmebedarf und ältere Menschen möglicherweise einen höheren Wärmebedarf. Somit gebe es Schwankungen. Diese müssten in den Mittelwerten nach Baujahr-Klassen ausgedrückt werden. Darüber hinaus gebe es die energetische Sanierung. Er stimmt Herrn Götze zu, es gebe Häuser, die einen so hohen Energiebedarf hätten, dass sich dann die geringe Miete konterkariere. Diese Vermieter dürften irgendwann auch keine Mieter mehr finden. Damit würde wiederum ein Sanierungsanreiz gesetzt, so dass der Vermieter das Haus dann energetisch saniere und ggf. mit einer höheren Kaltmiete an den Markt bringe. Dies seien die Marktmechanismen. Die prekären Vermieter seien bekannt und dort müsse angesetzt werden. Es gebe Personengruppen, die unterversorgt seien. Er denkt, dies sei der Sinn des Aktionsbündnisses „Besser Wohnen“ und auch eine Aufgabe von Allen. Diese Thematik habe mit dem Mietspiegel als Transparenz des Mietmarktes erst einmal nur mittelbar zu tun.

Herr Speich fragt, in welcher Größenordnung es in Emden sozialgeförderte Wohnungen gebe und ob diese ggf. in dem Mietspiegel erfasst worden seien. **Herr Homes** gibt an, alle Mieten, die in einer Mietbindung seien, seien nicht erfasst worden. Erfasst worden seien die freien Mieten. Dies sei auch so vorgesehen. Gewisse Wohnungen, wie beispielsweise Studentenwohnungen, würden nicht in den Mietspiegel einfließen. **Herr Grendel** führt aus, bei Inanspruchnahme eines Sanierungszuschusses für Investitionskosten könne dadurch, trotz einer geringeren Miete, eine Refinanzierung stattfinden. Würden diese Mieten eingerechnet, würde sich das Mietniveau künstlich senken lassen. Deswegen müssten solche Wohnungen in Mietspiegeln außer Betracht bleiben.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

TOP 11 Finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Seniorenarbeit
 - projektbezogen
 Vorlage: 17/2040

Frau Snakker erläutert die o. g. Vorlage.

Frau E. Meyer berichtet, sie habe an dem Projekt „Alt und Jung gemeinsam“ teilgenommen. Sie schildert ihre Erfahrungen. Besonders berührend sei der positive Umgang und die Wirkung der Kinder auf die älteren Menschen gewesen.

Herr Mälzer findet den Ansatz, für solche Projekte Geld zur Verfügung zu stellen, richtig. Sollte trotz eines erneuten Presseaufrufes jedoch keine Resonanz erfolgen, sollte man es seiner Ansicht nach dabei belassen. Er gibt zu bedenken, dass eine evtl. Übertragung der Restmittel auf das nächste Jahr dazu führen könnte, Fördergelder abzurufen, die nicht unbedingt gerechtfertigt seien. Mit Blick auf den Gesamthaushalt sehe er dies kritisch.

Herr Grendel kündigt diesbezüglich eine Stellungnahme unter dem Tagesordnungspunkt 13 an.

Herr Göring befürwortet die gezielte Anschubfinanzierung für ausgewählte Projekte und Angebote der Seniorenarbeit. Die Gestaltung der Projekte sei frei. Die Gruppenarbeit sei aufgrund der Corona-Situation schwierig gewesen. Er begrüßt die Verlängerung der Abgabefrist für die Einreichung von Projektanträgen und auch die Übertragung der Restmittel. Besonders begrüßenswert findet er das Projekt „Alt und Jung gemeinsam“. Dies sei ein gutes Beispiel für eine Verbindung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen und fördere gleichzeitig die Wertschätzung und Würdigung. Er plädiere für die Fortführung.

Frau Kruse stimmt den Ausführungen von Herr Göring zu. Ein Projekt „Alt und Jung gemeinsam“ wurde schon einmal in einer Fernsehdokumentation gezeigt. Sie plädiere für die Förderung und nicht für das Wegfallen dieser Projekte.

Herr Müller-Goldenstedt bemerkt, die Altenseelsorge des Diakonissen Pflegevereins und der Kindergarten Rote Mühle hätten über viele Jahre erfolgreich eine Begegnung zwischen Kindern und Senioren gepflegt.

Herr Kronshagen schließt sich den Worten seiner Vorredner an. Er denkt, Corona-bedingt seien Planungen schwierig gewesen. Er befürwortet einen Übertrag der Restmittel.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 12 Sachstandsbericht MVZ Emden;
 - Antrag der FDP-Fraktion vom 06.10.2020
 Vorlage: 17/2046

Herr Mälzer erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Herr Grendel bedankt sich bei Herrn Mälzer für seine Geduld. Der FDP-Fraktion sei eine Zwischennachricht erteilt worden. In dieser sei mitgeteilt worden, dass zunächst eine umfassende Analyse zum MVZ Klinikum Emden gGmbH Emden (MVZ) gefertigt werden musste. Beim Jahresabschluss habe das Defizit des MVZ etwa 1 Mio. Euro betragen. Dies sei das höchste Defizit der letzten Jahre gewesen. Die Verluste des MVZ seien teilweise in der Struktur verhaftet. In Zusammenarbeit mit der Trägergesellschaft sowie mit der neuen MVZ-Geschäftsführerin, Frau Onnen, sei nunmehr ein Plan für eine Trendwende entstanden. Er begrüßt und lobt die bisherige Arbeit von Frau Onnen.

Einleitend erläutert **Herr Eppmann** das Organigramm der Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH und die angeschlossenen Gesellschaften. **Frau Onnen** berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über den Sachstand des MVZ Emden. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Mälzer bedankt sich ebenfalls für die Erläuterungen und bemerkt, dass nicht alle Fragen beantwortet seien. Er fragt, warum das MVZ-Aurich ausgeschieden sei und nun dem Landkreis Aurich angehöre. Weiter erkundigt er sich nach der ärztlichen Leitung und nach den Wirtschaftsplänen.

Frau Onnen antwortet, es gebe zwei ärztliche Leitungen. Diese würden sich aus den zwei Hauptbetriebsstätten ergeben, Herr Dr. med. Zibold (MVZ im Klinikum Emden mit Nebenbetriebsstätte Leer) und Herr Coners (MVZ am Klinikum Emden mit Nebenbetriebsstätte Emden). Die Kassenärztliche Vereinigung sehe vor, für jede Hauptbetriebsstätte einen ärztlichen Leiter zu ernennen. Zwischen den beiden ärztlichen Leitungen bestehe eine Zusammenarbeit. Ein regelmäßiger gemeinsamer Austausch, auch mit ihr als Geschäftsführerin, würde stattfinden. Beide Bereiche würden gleichermaßen gefördert, ausgebildet und gestärkt.

Herr Grendel erklärt, die Übernahme der Geschäftsführung habe am 01.10.2020 stattgefunden. Der vorherige Geschäftsführer sei im Jahresverlauf ausgeschieden. Zu dem Zeitpunkt habe es erhebliche Schwierigkeiten beim Jahresabschluss 2020 gegeben. Die Buchführung sei an einer anderen Stelle erfolgt. Das erste Quartal sei noch klassisch gebucht worden. Somit habe es zwei Instanzen gegeben. Letztlich sei das MVZ sowie die Buchhaltung in das Haus zurückgeführt worden. Aufgrund der ersten beiden abgerechneten Quartale ließe sich eine Verbesserung ableiten. Er betont, Frau Onnen hätte nicht einmal ein halbes Jahr Zeit gehabt, die Strukturen kennzulernen. Sie offeriere eine Ergebnisverbesserung von 1 Mio. Euro auf nunmehr 700.000 Euro Defizit. Dies sei ein großer Erfolg. Trotz des „Turnarounds“ stehe noch viel Arbeit an. Diese seien nicht beliebig umsetzbar, als Beispiel nennt er langfristig abgeschlossene Verträge. Dies sei sukzessive aufzuarbeiten.

Herr Eppmann weist darauf hin, dass die Arbeit von Frau Onnen „ein Spagat“ sei. Es seien deutliche Veränderungen in der gesamten MVZ-Führung und in den einzelnen Praxen durchzusetzen und gleichzeitig sei die Stimmung bei den Mitarbeitenden zu verbessern. Der Servicegrad bei Terminvergaben u. ä. sei massiv verbessert worden. Dies sei ein Aushängeschild, das nicht nur für das MVZ als solches wahrgenommen werde, sondern auch für das Klinikum. Er macht deutlich, es habe eine Reihe von Patienten gegeben, die nicht genau unterscheiden konnten, ob sie im Klinikum oder im MVZ seien. Für den Patienten sei dies am Ende auch gar nicht entscheidend. Nur wenn Patienten in einem der Bereiche einen schlechten Eindruck erhielten, übertrage sich dies automatisch auch auf den anderen Bereich.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Weiter merkt er an, durch die Corona-Krise erlebe das Gesundheitswesen insgesamt eine deutliche Veränderung. Dazu gehöre auch die Veränderung in der Inanspruchnahme von Krankenhäusern und ambulanten Behandlungsformen. Für die Krankenhäuser werde es immer wichtiger, in guter Kooperation mit niedergelassenen Ärzten mit MVZ-Strukturen die gesamte Abdeckung der Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Dies werde durch den sehr massiven Personalmangel verstärkt.

Herr Mälzer stellt fest, Frau Onnen habe das MVZ Emden auf einen guten Weg gebracht und wünscht ihr weiterhin viel Erfolg. Er schlägt eine regelmäßige Berichterstattung vor.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Einrichtung einer Seniorenbegegnungsstätte in Emden;
Antrag der FDP-Fraktion vom 23.08.2021
Vorlage: 17/2050

Herr Mälzer erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Grendel führt aus, es handele sich um einen Antrag des Seniorenbeirates, welchen die FDP-Fraktion aufgegriffen habe um ihn als politischen Antrag zu verstärken. Dieser Antrag sei der Verwaltung bekannt und es werde versucht, Lösungen zu finden.

Er nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Mälzer zur Verwendung von finanziellen Mitteln und weist darauf hin, dass Gelder in die offene und in die projektbezogene Seniorenarbeit fließen. Durch diese Gelder würden gezielt Angebote für ältere Menschen vor Ort geschaffen. In der Innenstadt würde es eine Unterversorgung geben. Jedoch gebe es mit dem Verein LANGE-AKTIV-BLEIBEN e. V. (LAB) einen Anbieter von Seniorenarbeit in der Innenstadt. Seitens der Verwaltung sei bemerkt worden, dass die Beiräte insgesamt für sich und für ihre Veranstaltungen gerne Räumlichkeiten haben möchten. Dafür müsse überlegt werden, wie die Bedarfe und Ansprüche realisiert werden könnten. Gewünscht sei eine dauerhafte Nutzung mit festem Inventar. Dies sei nicht einfach zu gewährleisten. Mit der Volkshochschule seien Gespräche geführt worden. Dort seien die Räume jedoch belegt. Wünschenswert sei auch der Betrieb eines Cafés. Damit gehe man jedoch in Konkurrenz zur Wirtschaft in der Innenstadt. Somit müsse das gut aufgestellt werden, damit keine isolierten Begegnungsstätten geschaffen würden. Nicht vergessen werden sollte, sowohl der Integrationsrat als auch der Seniorenbeirat und der Beirat für Menschen mit Teilhabebeeinschränkung vertreten große Teile der Bevölkerung mit einer immensen Schnittmenge. Er denkt, es müsse strukturell und konzeptionell etwas geschaffen werden. Die Einrichtung einer Seniorenbegegnungsstätte sei auch mit Kosten verbunden. Deswegen würde er die Mittel für die projektbezogene Altenarbeit gerne noch für die nächsten Jahre sichern.

Herr Göring findet, in Emden gebe es viele dezentrale Angebote für die Seniorenarbeit und die Jugendarbeit. Er denkt, dass in die Schaffung einer zentralen Stelle u. U. auch Fördergelder eingesetzt würden, die ursprünglich für die freie Verteilung vorgesehen worden seien. Diese Mittel würden dann dort verlorengehen. Er macht darauf aufmerksam, dass der Antrag für die Nutzung der Fördergelder vereinfacht worden sei, damit auch Laien die Mittel abgreifen könnten. Dadurch würden kleine kreative Projekte gefördert werden.

Sollte eine Seniorenbegegnungsstätte in Emden verwirklicht werden, sei ihm wichtig, die Jugend mit einzubeziehen. Kürzlich seien zwei Spielplätze fertiggestellt worden, dies sei schön für Kinder. Jedoch für die Jugendlichen fehlten seiner Ansicht nach Angebote. Es sei sicher eine

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Herausforderung, diese beiden Generationen zusammenzubringen. Mit Blick auf das Jugendparlament würde er Vorschläge begrüßen, die dies verbinden.

Herr Götze teilt mit, die Thematik sei in der Fraktionssitzung der SPD-Fraktion ausführlich besprochen worden. Er bemerkt, insbesondere in den Stadtteilen würden Seniorenveranstaltungen stattfinden. Für den Innenstadtbereich sei dies zu überlegen. Er gibt zu bedenken, dass dafür nicht nur die Zurverfügungstellung eines Raumes ausreiche, sondern auch die Organisation. Er macht darauf aufmerksam, dass „Netzwerk Emden“ in diesem Bereich sehr stark tätig sei. Es gehe aber auch um Hilfestellung für Senioren. Diese sei in Emden bereits sehr gut organisiert.

Herr Ohling findet die Idee grundsätzlich gut. Er gibt zu bedenken, dass durch die Schaffung einer zentralen Seniorenbegegnungsstätte ein Konkurrenzkampf entstände. Dies sei seiner Ansicht nach nicht förderlich. Durch die Gemeindehäuser, Dorfgemeinschaftshäuser und auch Sportvereine gebe es bereits Angebote für Senioren.

Herr Grendel erläutert, die Verwaltung habe auf den Antrag reagiert. Konzeptionell werde die Einrichtung einer Seniorenbegegnungsstätte durchdacht. Sollten sich Möglichkeiten ergeben, stehe der Einrichtung nichts im Wege. Er argumentiert, auch andere Beiräte würden Räume brauchen, um in einen Austausch mit ihren Gruppen zu kommen. Zudem sei festzustellen, dass es immer wieder schwierig sei, Beiräte neu zu besetzen und Menschen zu begeistern, sich zu engagieren. Es sei zu überlegen, den ehrenamtlichen Beiräten eine hauptamtliche Unterstützung zur Seite zu stellen. Es solle hier dann eine Gleichbehandlung aller Beiräte erzielt werden. Er bittet jedoch zu berücksichtigen, dass dies Zeit benötige.

Herr Speich gibt an, der Seniorenbeirat habe sich eine Begegnungsstätte vorgestellt, um mit den Senioren in Kontakt zu treten. Diese Begegnungsstätte solle allen Vereinen die Möglichkeit geben, sich dort zu präsentieren. Damit könnte Senioren eine zentrale Anlaufstelle geboten werden. Dem Beirat sei der direkte Kontakt mit den Senioren wichtig. Das Betreiben eines Cafés sei nicht das Ansinnen gewesen.

Herr Grendel nimmt die Aussage von Herrn Speich mit. Dies habe er auch ausdrücken wollen. Es müsse aufgepasst werden, nicht mit anderen Institutionen und Vereinen in Konkurrenz zu treten. Als Beispiel nennt er Computerkurse für Senioren die sowohl von der LAB zu einem geringen Preis, aber auch von der VHS im kommerziellen Bereich angeboten würden, die auch kostendeckend sein müssten. Diese Aufgabe sei gemeinsam zu lösen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 14 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Sachstand Frauenhaus

Herr Grendel informiert, zwischenzeitlich sei ein vorzeitiger Maßnahmebeginn genehmigt worden, d. h. es könne in den Grunderwerb eingetreten und die Abrissarbeiten könnten vorgenommen werden. Er erinnert an seine Ausführungen zur Bauplanung nach DIN 276 im vergangenen Ausschuss. Hier zeigten sich immer noch Schwierigkeiten bei der Antragstellung. Die Ordner mit dem Antrag seien aufgrund eines Transportschadens zurückgesendet worden, weil Pläne beschädigt worden seien. Diese Pläne müssten nunmehr neu erstellt werden, damit das Land den Antrag annimmt. Die Verwaltung müsse sich weiter bemühen, diese Vorgaben zu erfüllen, da es sich um eine Fördermittelsumme von ca. 1 Mio. Euro handele. Zu bedenken gibt

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

er die derzeitige Baupreissteigerung. Er macht darauf aufmerksam, dass auch bei einer Bewilligung am Ende die Umsetzung betrachtet werden müsse.

TOP 15 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.